

Autor: Gauto, Anna
Seite: 030 bis 031
Ressort: Unternehmen / Handelsblatt Insight
Mediengattung: Tageszeitung

Nummer: 014
Auflage: 44.803 (gedruckt)¹ 132.740 (verkauft)¹
 147.111 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,595 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

HANDELSBLATT INSIGHT — ENERGIEKRISE —

Bedrohte Energiewende

LNG-Boom, Fracking, Kohle: Der Krieg in der Ukraine und der Stopp von Öl- und Gaslieferungen aus Russland haben die Energiepläne der Bundesregierung durcheinandergewirbelt und alten, längst mit Ausstiegsszenarien bedachten Energieträgern eine unerwartete Renaissance ermöglicht. Doch eine überdimensionierte LNG-Infrastruktur und Dauerdiskussionen um AKW-Laufzeiten hemmen nach Ansicht vieler Experten den Ausbau der erneuerbaren Energien und gefährden Deutschlands Klimaziele.

Nachdem Kanzler Olaf Scholz (SPD) den zähen Streit über eine Laufzeitverlängerung der letzten deutschen Atomkraftwerke (AKW) im Spätherbst vorerst beendet hatte, eröffnete Finanzminister Christian Lindner (FDP) schon die Debatte über das nächste heikle Thema: Angesichts der Energiekrise müsse das hiesige Frackingverbot auf den Prüfstand. Falsch wäre es, „aus ideologischen Festlegungen“ auf Fracking zu verzichten. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sekundierte im Dezember auf Twitter, es sei „pure Ideologie, dass der Bund statt auf eigenes Gas oder eine Verlängerung der Kernkraft auf teures Frackinggas aus den USA“ setze. Dazu forderte Söder einen weiteren AKW-Stresstest. Ein Ende der Kernkraft im April sei ein Fehler. Auch Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will nun eine Expertenkommission zur AKW-Laufzeitverlängerung.

Schließlich der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck: Auf die Frage eines Journalisten zu Flüssiggas-Lieferungen (LNG) aus Katar nach Deutschland sagte der auf einer Industriekonferenz mit ernster Miene: „15 Jahre sind super.“ Und fügte hinzu: „Ich hätte auch gar nichts gegen 20 [Jahre] oder noch längere Verträge.“ Dabei benötigt Deutschland vor allem in den kommenden zwei Jahren dringend Gas. Zwar sind die Mengen aus Katar im Vergleich zum heutigen Gasbedarf gering, die Lieferung soll aber erst 2026 starten. Wenn Deutschland 2045 klimaneutral

sein will, überschreiten 20 Jahre diese Marke.

Zumal schon ab Mitte der 2030er-Jahre die Gasnachfrage um die Hälfte sinken muss, damit Deutschland seine Klimaziele erfüllt. „Laut Klimaszenarien sollten wir bis 2041 nur noch 20 Prozent Erdgas nutzen, sagt ein sichtlich besorgter Niklas Höhne, Mitautor der Weltklimaberichte (IPCC) vom New Climate Institut. Im Vergleich dazu seien die 2,7 Milliarden Kubikmeter (m³) LNG aus Katar „eine riesige Menge“. Vor allem, da nicht klar sei, wie viel Gas Deutschland eigentlich beziehe. Höhne kritisiert, dass „der Überblick“ fehle.

Höhne, rasierter Kopf, schwarze Brille, zählt zu einer Reihe von Wissenschaftlern, die immer dringlicher davor warnen, dass Deutschland nicht ausreichend defossilisiert, sondern im Gegenteil refossilisiert. Auch laut einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die Geschwindigkeit der Energiewende „deutlich zu niedrig“, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen. Dabei müsste die Politik angesichts ihrer ambitionierten Pläne die grüne Transformation im gleichen Tempo vorantreiben wie den Bau von LNG-Terminals – und die Bevölkerung auch kommunikativ auf einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien und eine echte Verkehrs- und Wärmewende vorbereiten. Wie sonst sollen Windräder und Stromtrassen an Akzeptanz gewinnen? Doch statt zu erklären, weshalb an Wärmepumpen, Elektroautos und Grünstrom kein Weg vorbeiführt, greifen viele deutsche Spit-

zenpolitiker aktuell gern auf die guten alten Energien als Heilsbringer zurück. Die Energiewende kommt zu langsam. So sieht es Volker Quaschnig, der sein Wirken längst nicht mehr nur auf Hörsäle oder muffige Seminarräume beschränkt. In seinen Youtube-Videos und dem eigenen Podcast zerlegt der Professor für regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin regelmäßig politisch aufgeladene Energiewende-Mythen.

Ein wissenschaftliches Gegengewicht zu einer „öffentlichen Diskussion, die inzwischen fast ausschließlich um LNG, Fracking oder eine Laufzeitverlängerung von AKWs kreist“. Der Ingenieurwissenschaftler ärgert sich darüber, dass es mitunter zehn Jahre dauere, ehe ein Windpark in Betrieb gehe, während das erste LNG-Terminal in Wilhelmshaven im Dezember nach nur zehn Monaten eingeweiht wurde.

Zwar, so Quaschnig, versuche die Regierung, Verfahren zu beschleunigen. Doch weite Teile der Politik gaukelten den Menschen vor, es könne dank alter Energien wie immer bleiben. „Die Erneuerbaren, Pfeiler unseres künftigen Energiesystems, sind nur ‚nice to have““. Quaschnig, der sich auf Twitter gern mit Markus Söder anlegt, verweist auf Bayern. Dort finden 2023 Landtagswahlen statt. Die CSU hat sich jahrelang gegen Stromtrassen gewehrt und auch den Ausbau von Windrädern blockiert. „Jetzt fehlt dort Strom, klar ruft der Ministerpräsident da nach Atom und Fracking.“

Auch der Umweltökonom Felix Mattes, Mitglied des Nationalen Wasserstoffrats, bemängelt eine „diskursive Schieflage“. Dabei werde die Energiewende weder am Geld noch an Technologien scheitern. Eher daran, dass Infrastruktur wie Stromnetze und Wasserstoffleitungen fehlten. Im Lärm von „Scheindebatten“ gehe das unter. „Hätten wir uns auf den Netzausbau konzentriert, statt viel Zeit in sinnlosen AKW-Diskussionen zu verschwenden, die kaum Kosten sparen oder Gas ersetzen, hätten wir Sprünge bei den Erneuerbaren machen können.“

Nun lässt sich darüber streiten, wie sinnvoll es ist, AKWs in einer Energiekrise abzuschalten, auch wenn ihr Beitrag gering ist. Eine zukunftssträchtige Lösung, die ohne massive staatliche Finanzierung auskäme, sind sie nicht. Studien des DIW und der Wissenschaftlervereinigung Scientists for Future konstatieren, dass nicht nur der Neubau, sondern auch die Verlängerungen von AKW-Laufzeiten unwirtschaftlich ist, da sie mit „erheblichen technischen Nachrüstungen“ verbunden sind. Frankreich kann davon ein Lied singen. Dort brach 2022 zeitweise die Hälfte der AKW-Flotte weg, exorbitante Börsenstrompreise wurden fällig. „Wo gibt es private Betreiber? Wo privates Kapital? Wo gäbe es einen privaten Versicherer, der das Risiko der Kernenergie im Markt versichern würde?“ Nur mit Staatshaftung würde das gehen. „Ein Anzeichen“, dass Kernenergie „auch ordnungspolitisch nicht vertretbar“ sei. So argumentierten nicht etwa die Grünen. Das sagte der heutige Verlängerungsbefürworter Christian Linder vor einem Jahr.

Was gegen längere Atomlaufzeiten spricht

Denn jenseits von Polit-Scharmützeln spricht noch immer einiges gegen eine weitere Laufzeitverlängerung. So lassen sich die auf Grundlast konzipierten AKWs anders als flexible Gaskraftwerke nicht so einfach ein- und abschalten, wie der Energieökonom Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum betont. Sie eigneten sich nicht als Reserve oder Brückentechnologie.

Aus technischen Gründen werden sie nur auf maximal 50 bis 60 Prozent der installierten Leistung gedrosselt, heißt es vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). Dazu zwingen sie hohe Fixkosten in den Dauerbetrieb. Ein echtes Problem für die Integration Erneuerba-

rer.

So heißt es in einer Metastudie der Agentur für Erneuerbare Energien aus dem Juni, die etwa Energiewende-Szenarien des BMWK, der Deutschen Energie-Agentur (dena) oder der Denkfabrik Agora ausgewertet hat, dass wegen des AKW-Weiterbetriebs Erneuerbare abgeregelt würden und „erhebliche Ökostrommengen“ verloren gingen. Das bestätigte auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) mit Blick auf den Weiterbetrieb des AKW Emsland. Erneuerbare würden immer wieder abgeschaltet, da der Atomstrom Netzkapazitäten benötige.

Die Mehrkosten, die durch Netzengpässe entstehen, zahlen übrigens nicht die Stromproduzenten, sondern die Verbraucher. Entschädigungen für Energieversorger beliefen sich 2021 auf die Rekordsumme von rund 807 Millionen Euro für nicht eingespeisten Strom. „Man kann die Energiewende natürlich auch schlecht, langsam und teuer machen“, meint Quaschnig. Zumal laut der Analyse keines der Szenarien den Atomausstieg infrage stellt. Energiewende und Klimaschutz sind ohne Atomkraft machbar, so das Fazit. Wäre es indes, wie es etwa Söder und Lindner fordern, sinnvoll, in Deutschland zu „fracken“, um Teile der russischen Gaslieferungen zu ersetzen? Emissionen ließen sich einsparen, weite Transportwege für Frackinggas entfielen. Doch die meisten Experten monieren, dass der Aufbau einer Schiefergasinfrastruktur mehrere Jahre dauern würde – bei unklarem Ertrag. Für die jetzige Energiekrise zu spät. Nicht nur, weil Genehmigungsverfahren oder mögliche Bürgerproteste eine schnelle Förderung verzögern würden. „Deutschland verfügt weder über die technische Infrastruktur noch über die nötigen Fachkräfte“, sagt etwa Steffen Bukold, Energieexperte vom Beratungsbüro Energycomment.

Wachsende Zweifel an LNG-Plänen

Dazu komme „ein gigantischer Aufwand an Energie und Ressourcen wie Sand, Chemikalien und Wasser“. Rohstoffe und Anlagen müssten mit schweren Lastwagen durch niedersächsische Dörfer gekarrt werden, „ein industrieller Wanderzirkus“. Da Fördermengen bei Schiefergas schon ab Tag zwei „steil“ absackten, brauche es immer neue Bohrungen. Jeder Bohrplatz sei ein eigener Industriebetrieb. Schätzungen von Hans-Joachim Kümpel, Ex-Präsident der Bundesanstalt für Geowissen-

schaften und Rohstoffe (BGR), wonach sich durch Fracking in wenigen Jahren 15 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr gewinnen ließen, hält Bukold „für hanebüchen“.

Auch aus Sicht von Holger Weiß, Mitglied der Expertenkommission Fracking, würde es, selbst wenn es in Deutschland erlaubt wäre, „sofort flächendeckend unkonventionelle Lagerstätten zu fracken“, mit Erkundung und Genehmigung Jahre dauern, ehe der erste Kubikmeter Gas an der Oberfläche wäre. In den kommenden „fünf bis zehn Jahren“ werde man idealerweise keine fossilen Brennstoffe mehr benötigen, „wir können das Gas für unsere Nachkommen im Untergrund lassen“, sagte Weiß.

In neongelben Warnjacken und mit weißen Schutzhelmen lassen sich die Politiker Scholz, Lindner und Habeck Mitte Dezember im Nebel von Wilhelmshaven ablichten. Hinter ihnen zeichnen sich die Konturen des Spezialschiffs „Höegh Esperanza“ ab, das LNG in Gas umwandelt und nun in das deutsche Pipelinennetz einspeist. Es weht ein Wind und ist kalt, doch die drei Männer wollen sich feiern lassen. Ausgerechnet in der Bürokratiehöhle Deutschland ist es in der Rekordzeit von zehn Monaten gelungen, das erste LNG-Terminal zu eröffnen. „Das ist das neue Deutschlandtempo“, frohlockt Scholz in ein schwarzes Puschel-Mikrofon. Was den einen als Erfolg gilt, sehen andere indes mit Sorge. DIW-Ökonomin Franziska Holz warnt vor einer „Renaissance fossiler Infrastruktur“. Besonders mit Blick auf die geplante LNG-Infrastruktur. Die Bundesregierung will auch drei feste Landterminals bauen. Laut Holz sind letztere für die Energiesicherheit aber nicht nötig.

Dass LNG-Pläne „massiv überdimensioniert“ sein könnten, glaubt auch das New Climate Institute. Laut ihrem Mitgründer Höhne würden die bisher geplanten LNG-Terminals mit ihrer Gesamtkapazität von etwa 73 Milliarden Kubikmetern pro Jahr den Import von etwa 50 Prozent mehr Gas ermöglichen als die 46 Milliarden Kubikmeter, die 2021 aus Russland kamen. Selbst das BMWK rechnet laut einem internen Bericht mit deutlichen Überkapazitäten. Demnach beziffert das Ministerium die Kapazität allein der zehn geplanten schwimmenden Terminals auf 53 bis 68 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Zusätzlich, so das Papier, sollen in den Jahren 2025 und 2026 die festen Termi-

nals in Betrieb gehen, mit einer Kapazität von ebenfalls bis zu 53 Kubikmetern. Der Start der Landterminals im Jahr 2026 sei ohnehin zu spät für die Energiekrise, eine Betriebsdauer von 20 Jahren zu lang, kritisiert Höhne. Würden alle LNG-Pläne umgesetzt, sei mit Fehlinvestitionen zu rechnen, die vor allem Steuerzahler tragen müssten. Zumal Zweifel daran bestehen, dass sich die Terminals später tatsächlich auf Ammoniak oder Wasserstoff umrüsten lassen, wie eine Fraunhofer-Studie zeigt. Doch stünde der Bau der Terminals der Energiewende tatsächlich im Wege, würde er gar zu einem „fossilen Lock-in“, einer Gasabhängigkeit führen, wie Höhne befürchtet?

Nein, sagen Ökonomen wie Löschel oder Matthes. Zwar werde der Gasbedarf sinken, doch auf den Landterminals lasteten weder hohe Kapital- noch Betriebskosten. Lediglich der Gasimport werde steigende Kosten verursachen, sodass Terminals die Erneuerbaren kaum aus dem Markt drängen würden, so Matthes. Für die Versorgungssicherheit seien Kraftwerke, die sich nicht amortisierten, „verkraftbar“. Problematisch seien indes LNG-Langfristverträge, mit „Destinations Clause“, die Abnahmeorte fest vorschreiben. Üblicherweise schließt Katar solche Verträge ab. Sie untersagen es, überschüssiges LNG an andere Länder weiterzukaufen.

Suedlink noch immer am Punkt null

Besser, so sieht es Energieökonom Löschel, würden Unternehmen lange Vertragslaufzeiten mit anderen Partnern wie Japan teilen. Auch sollte Deutschland möglichst keine neuen Gasquellen anzapfen, da Länder wie der Senegal sonst „in den Ressourcenfluch“ getrieben würden. Zudem brauchen „Investitionen in Erneuerbare und Effizienz langfristig steigende CO2 - Preise. Den CO2 - Preis im kommenden Jahr nicht zu erhöhen sei „ein falsches Signal“.

Und Löschel fordert, „mehr Geschwindigkeit bei Erneuerbaren und Energieeffizienz statt weitere Debatten über Atomenergie oder Fracking“. Doch während diese vor allem die öffentliche Debatte kapern, vereinnahmt LNG als Alternative zu russischem Pipelinegas zusätzlich personelle Ressourcen in Ministerien und Planungsbehörden. Das bestätigt ein Telefonat mit dem Sprecher der niedersächsischen Regierung. Der erklärt stolz, dass in den Genehmigungsbehörden Personal konzentriert worden sei, ein Projektteam im direkten Umfeld des damaligen Energieministers gebildet wurde, dazu eine Taskforce. Man habe „Tag und Nacht“ nur an dem LNG-Terminal in Wilhelmshaven und der Anbindung der Gasleitung gearbeitet. Auf diese Weise und mit „entsprechendem Druck“ habe man „so ein Ding statt in acht Jahren, in etwa acht Monaten fertiggestellt“.

Für Betreiber von Windkraftanlagen, die sich seit Jahren in Behörden-Klein-

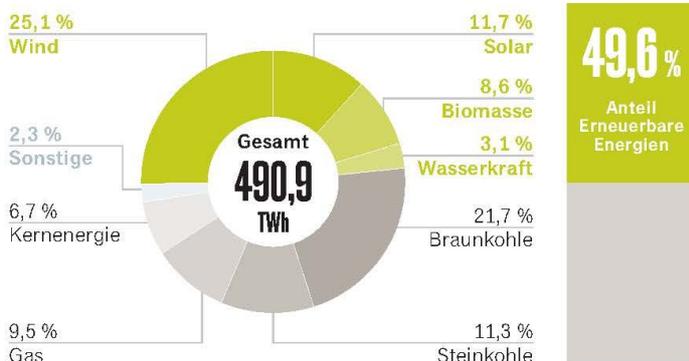
kämpfen zerreiben, dürften solche Aussagen wie Hohn klingen. Beispiel „Stromautobahn“ Suedlink, das vielleicht stärkste Symbol für eine verschleppte Energiewende. Von der Leitung, die ab 2022 Grünstrom aus Norddeutschland in den Süden transportieren sollte, sind nach nun fast zehn Jahren Planung exakt null Kabelmeter verlegt.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

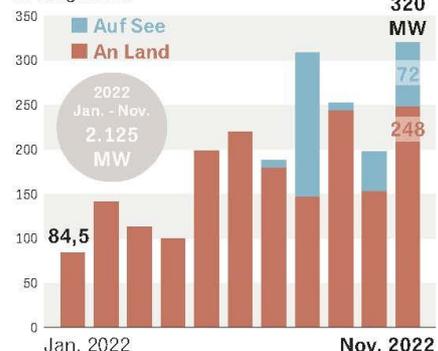
Hätten wir uns auf den Netzausbau konzentriert, statt viel Zeit in sinnlosen AKW-Diskussionen zu verschwenden, hätten wir Sprünge bei den Erneuerbaren machen können. Felix Matthes Umweltökonom Die wichtigsten Fakten 1 Ab Mitte der 2030er-Jahre muss die Gasnachfrage um die Hälfte sinken, damit Deutschland seine Klimaziele erfüllen kann. 2 Die auf Grundlast konzipierten AKWs lassen sich anders als flexible Gaskraftwerke nicht so einfach ein- und abschalten – sie eignen sich nicht als Reserve oder Brückentechnologie. 3 Die Entschädigungen für Energieversorger beliefen sich 2021 auf die Rekordsumme von rund 807 Millionen Euro für nicht eingespeisten Strom. 4 Selbst wenn Fracking in Deutschland erlaubt wäre, würde es mit Erkundung und Genehmigung Jahre dauern, ehe der erste Kubikmeter Gas an der Oberfläche wäre.

Energie in Deutschland

Nettostromerzeugung¹: Anteil 2022 nach Energieträgern in Prozent



Ausbau Windkraft² in Deutschland in Megawatt



HANDELSBLATT

1) Öffentliche Nettostromerzeugung (ohne Eigenerzeugung von Industrie- und Gewerbe); 2) Netto-Zubau • Quellen: Fraunhofer ISE, Bundesnetzagentur

Handelsblatt Nr. 014 vom 19.01.2023

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Anteil der Energieträger sowie Anteil der Erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung in Deutschland 2022, Volumen der Nettostromerzeugung in Deutschland in TWh 2022, monatlicher Netto-Zubau von Windkraftanlagen an See und an Land in Deutschland in Megawatt 01.2022 bis 11.2022 (MAR / UMW / Grafik)

Wörter: 2121

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2023: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG